



Wirtschaftspolitische Agenda



Änderungen auf einen Blick

- Neues Dossier zur *Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes* und Verabschiedung der Botschaft durch den BR.
- Der *BR* nimmt die Resultate der Vernehmlassung zur *FABI-Vorlage (vormals Bahn 2030)* zur Kenntnis.

Entscheidungen des Bundesrates (27. Oktober bis 30. November 2011)

02.11. *FABI*: Der *BR* nimmt die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Vorlage zur Kenntnis und bestätigt die Stossrichtung im Hinblick auf die Botschaft ans Parlament. In der Vernehmlassung stiess *FABI* mehrheitlich auf grosse Zustimmung. Positiv beurteilt wurde namentlich die Finanzierung über einen Fonds, die Weiterführung der bisherigen Mittel und die Stossrichtung, beim Ausbau des Bahnnetzes den Schwerpunkt auf die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten statt auf eine weitere Verkürzung der Reisezeit zu setzen. In Kenntnis der Vernehmlassungsergebnisse hat der *BR* das Uvek beauftragt, die Botschaft ans Parlament zu erstellen. Dabei sollen die bisherigen Mittel des Fonds für Eisenbahn-Grossprojekte (Finöv) in den künftigen unbefristeten Bahninfrastruktur-Fonds (BIF) überführt werden: Die *LSVA* und das Mehrwertsteuerpromille unbefristet, die Mineralölsteuermittel befristet bis

Vollständige Titel der Dossiers

- 1 Bundesgesetz über die Krankenversicherung, Teilrevision, Managed Care
- 2 Schuldbetriebs- und Konkursgesetz (SchKG)
- 3 6. IV-Revision: Zweites Massnahmenpaket (Revision 6b)
- 4 Revision Bankengesetz (Too big to fail)
- 5 Teilrevision des Kartellgesetzes (KG)
- 6 Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)
- 7 Bundesgesetz über Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
- 8 Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG)

Diverse Abkürzungen

APK:	Aussenpolitische Kommission
BR:	Bundesrat
DV:	«Die Volkswirtschaft»
FK:	Finanzkommission
KVF:	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
NR, N:	Nationalrat
RK:	Kommission für Rechtsfragen
SGK:	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SR, S:	Ständerat
UREK:	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK:	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK:	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

voraussichtlich 2030. Zur Gleichbehandlung von Strasse und Schiene soll unter anderem für den Strassenbereich eine Fondslösung geprüft werden. Wie in der Vernehmlassung verschiedentlich gefordert, erhöht der *BR* überdies die Bundesmittel um 100 Mio. auf jährlich 2,3 Mrd. Franken. Zudem wird der Beitrag des Bundes regelmässig dem vollem Wirtschaftswachstum (BIP) angepasst. Dadurch steigen die jährlichen Zahlungen des Bundes deutlich. Der Bund wird damit ab 2025 jährlich 290 Mio. Franken mehr in den BIF einzahlen. Die weiteren zusätzlich benötigten Mittel für die Bahninfrastruktur kommen wie in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagen aus einer Erhöhung des Trassenpreises um 100 Mio. Franken ab 2017, dies in Ergänzung zur bereits beschlossenen Erhöhung um 200 Mio. Franken per 2013, mit der die gesetzlich vorgeschriebene Deckung der Grenzkosten erreicht wird. Bezüglich des Fahrkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer schlägt der *BR* aufgrund der Vernehmlassungsergeb-



Wirtschaftspolitische Agenda

nisse eine Obergrenze statt eine Pauschalierung vor. Pendlerinnen und Pendler sollen künftig maximal 3000 Franken für Fahrkosten abziehen können. Die Kantone bleiben bei der Gestaltung des Fahrkostenabzugs in ihren kantonalen Steuersystemen frei. Änderungen gibt es auch bei der Kantonsbeteiligung: Das neue System wird die Kantone unter dem Strich mit jährlich zusätzlich rund 200 Mio. Franken belasten.

09.11. *Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG)*: Der *BR* verabschiedet die Botschaft und den Entwurf zur Totalrevision des FIFG und überweist sie dem Parlament zur Beratung. In einem immer stärker international geprägten Umfeld soll dadurch der schweizerische Forschungsplatz sein hohes Qualitätsniveau bewahren. Das FIFG bleibt ein einfaches Aufgaben- und Organisationsgesetz und schafft – mit Ausnahme der möglichen Unterstützung zur Errichtung eines nationalen Innovationsparks – keine neuen Subventionstatbestände. Die Totalrevision umfasst insbesondere die folgenden Punkte: Die Präzisierung von Aufgaben und Zuständigkeiten der im FIFG verankerten Förderorgane, die Klärung von Aufgaben und Verfahren im Bereich der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, verschiedene Klärungen und Präzisierungen bezüglich der Ressortforschung des Bundes sowie die Vereinfachung und erhöhte Effizienz der Planungsverfahren. Die übrigen Anpassungen sind redaktioneller Art.

16.11. *Revision des Kartellgesetzes*: Der *BR* legt die Eckwerte für die Revision des KG fest. Demnach sollen die Wettbewerbsentscheide rechtsstaatlich besser verankert und besonders schädliche Formen von Kartellabreden verboten werden. Zudem sollen Fusionen untersagt oder mit Auflagen und Bedingungen belegt werden können, wenn der Zusammenschluss zu einer erheblichen Behinderung des Wettbewerbs führt, welche nicht durch Effizienzgewinne kompensiert wird. Wenn eine Unternehmung darlegen kann, dass sie ein wirksames Programm zur Verhinderung kartellrechtlicher Verstösse implementiert hat, will der *BR* Sanktionsminderungen zulassen. Weitergehende Massnahmen – wie Strafsanktionen gegen Mitarbeitende – lehnt er dagegen ab. Die Wettbewerbsbehörde, welche die kartellrechtlichen Untersuchungen führt, soll als rechtlich selbständige Anstalt der Wirtschaftsaufsicht ausgestaltet werden. Damit ist sie bei Untersuchungen von Wettbewerbsbeschränkungen und Beurteilungen von Unternehmenszusammenschlussvorhaben frei von politischer Einflussnahme. Urteilende Instanz bei unzulässigen Wettbewerbsabreden und Missbrauch marktbeherrschender Stellungen soll neu eine Kammer für Wettbewerbsrecht im Bundesverwaltungsgericht sein. Ziel der KG-Revision ist die Beschleunigung und Verbesserung der Verfahren, was den Wettbewerb in der

Schweiz intensivieren und den Wirtschaftsstandort langfristig stärken soll. Der *BR* hat das EVD beauftragt, bis Anfang 2012 eine Botschaft zur KG-Revision auszuarbeiten.

Entscheidungen der Kommissionen (27. Oktober bis 30. November 2011)

- 07.11. *Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke*: Die *WAK-N* spricht sich dagegen aus, zur Bekämpfung der Frankenstärke politisch zu intervenieren. Mit 16 zu 6 Stimmen lehnt sie ein zweites Paket zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des starken Frankens ab. Die Bekämpfung der Frankenstärke sei Aufgabe der *SNB*.
- 15.11. *6. IV-Revision*: Die *SGK-S* beschliesst, bei der IV jährlich 75 Mio. Franken weniger einzusparen als vom *BR* vorgesehen. Insgesamt würden die Beschlüsse der Kommission zu jährlichen Einsparungen von 250 Mio. Franken führen. Im Zentrum der geplanten Revision steht eine Änderung des Rentensystems: Das vierstufige Rentensystem soll durch ein stufenloses System abgelöst werden. Mit 7 gegen 6 Stimmen beschliesst die *SGK-S*, auch für unter 55-Jährige den Besitzstand zu wahren. Bei Teilnahme an Integrationsmassnahmen sollen hingegen nur die Unterkunft und Reisekosten, nicht aber die Verpflegungskosten übernommen werden; Integrationsmassnahmen sollen zudem auf 2 Jahre begrenzt sein. Auch soll der Rentent-scheid innert zwei Jahren fallen, auch wenn die Person noch in ärztlicher Behandlung ist. Schliesslich bringt die Kommission an der neuen Schuldenbremse Änderungen an. Der Mechanismus sieht unter anderem vor, dass die Anpassung der Renten an die Teuerung ausgesetzt wird, wenn der Stand des IV-Fonds unter die Schwelle von 40% der jährlichen Ausgaben fällt. Die *SGK-S* streicht die Bestimmung des *BR*, wonach die Renten spätestens nach fünf Jahren wieder an die Teuerung angepasst werden. Im Weiteren folgt die Kommission dem *BR*.

Die Schweiz braucht eine umfassende Migrationsstrategie

In der Migrationspolitik vermischen sich Fakten mit Ängsten und Stimmungsmache. Freier Personenverkehr wird (bewusst) verwechselt mit Flüchtlingswesen, illegaler Immigration, den Verträgen rund um Schengen-Dublin, Drittstaaten-Kontingenten und Ausländerkriminalität. Eine eigentliche Migrationsstrategie, die diesen Namen effektiv verdienen würde, hat die Schweiz bis heute nicht formuliert. In einem Land, welches von unten nach oben regiert wird, hat es der nötige top-down Strategie-Ansatz schwer. Die direkte Demokratie birgt zudem die Gefahr, dass sämtliche Konzepte permanent hinterfragt und umgekrempelt werden. Der vernetzte Ansatz und das Verständnis, dass Aussenpolitik, Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik eng zusammen spielen müssen, ist schwer vermittelbar. Gerade die Migrationspolitik leidet unter dieser Tatsache.



NR Doris Fiala
Mitglied der Schweizer Delegation am Europarat, der Aussenpolitischen Kommission (APK) und der beratenden Kommission für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IZA)

Sämtliche aktuellen Risiken, welche die Schweiz bedrohen, sind heute global: Pandemien, Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel, Klimawandel, Migrationsströme und Flüchtlingswesen. Nur mehr internationale Kooperation kann deshalb der Weg sein, den aktuellen Gefahren zu begegnen, keinesfalls weniger. Denn kein Land ist heute eine Insel – auch die Schweiz nicht.

Dringend auf Einwanderung angewiesen

Migrationsthemen prägen heute weltweit die politische Agenda. Noch nie in der Geschichte waren derart viele Menschen permanent am «Wandern» wie heute. Schätzungen gehen von 300 Mio. Menschen aus, die ausserhalb ihrer Heimat ihr Glück suchen. Populisten, nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa, stellen sich den aus dieser Tatsache resultierenden Globalisierungsängsten immer häufiger mit Abscheu und Einigungsmentalität. Die Chancen der Zuwanderung werden über weite Strecken ausgeblendet, und vor allem Risiken prägen den teilweise gehässigen Diskurs. Wer sich allerdings vergegenwärtigt, dass unser Land mit rund 23% einen höheren Prozentsatz an Ausländern beherbergt als klassische Einwanderungsländer wie etwa die USA oder Kanada, wird sich der Dringlichkeit von Integrationsbemühungen und einer breit angelegten Aufklärungsarbeit sowie einer effektiven Migrationsstrategie bewusst. Dabei ist gerade die Schweiz dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen: Industrie, Tourismus, Gesundheitswesen, Bauwirtschaft und Wissenschaft brauchen Fachkräfte, die unser Land nicht in genügender Anzahl auszubilden und zur Verfügung zu stellen vermag. Auch die grösste Bildungs- und Ausbildungssoffensive würde der Herausforderung bei weitem nicht gerecht werden, wollen wir unsere Wirtschaftskraft und unseren Wohlstand sichern. Das Problem einer alternden Gesellschaft – nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa – dürfte die Herausforderungen in Zukunft noch verschärfen. Die Personenfreizügigkeit wird auf Dauer nicht einzige Antwort auf den Fachkräftemangel darstellen können. Eine flexiblere und umsichtige Haltung gegenüber unserer Drittstaatenpolitik scheint daher auf Dauer unausweichlich.

Flüchtlingswesen umfassend verstehen

Von 40 Subsahara-Afrika Staaten stehen zur Zeit rund 25 in einem offenen, bewaffneten Konflikt. Korruption, Überbevölkerung, massiver Bildungsrückstand, wirtschaftliche Not, Klimakatastrophen und fehlende Zivilgesellschaften bewirken, dass permanente 3 Mio. Menschen auf der Flucht sind und Richtung Europa drängen. Die Zukunft Nordafrikas ist nach hoffnungsvollen Aufständen nach wie vor mit grössten Unsicherheiten behaftet. Flüchtlingsströme werden daher aller Voraussicht nach zunehmen. Die Schengen Aussen Grenze ist vollends überfordert. Allein in Griechenland, das eigene wirtschaftliche Missstände nicht zu verkraften und Probleme nicht zu lösen im Stande ist, stranden pro Monat gegen 30 000 Flüchtlinge.

Sollte die Schweiz lediglich auf den Verträgen Schengen-Dublin beharren, ohne Zusatzhilfe zu leisten, was durchaus seine Berechtigung hat, wird unser Land mit allergrössten Sorgen in diesem Bereich konfrontiert werden. Nur mehr Kooperation in der Migrations- und Flüchtlingsproblematik und intensivere Hilfe vor Ort eröffnen die Chance, Antworten zu finden. Entwicklungszusammenarbeit ist somit nicht einfach als ein «Geschenk an die Armen» zu verstehen, sondern als eigennützige Dringlichkeit, wollen wir potenzielle Flüchtlinge dazu motivieren, in ihrem eigenen Land zu bleiben und nicht vor unseren Pforten auf Hilfe zu warten. Die humanitäre Hilfe der Schweiz hat nicht nur Tradition, sondern genießt weltweit Respekt. Migrationspartnerschaften zeigen neue und Erfolg versprechende Wege auf. Es wird zu akzeptieren sein, dass unsere Entwicklungshilfegelder auch an Flüchtlings-Rückübernahmeforderungen geknüpft werden. Eine romantische Sicht der Dinge wird in der Schweiz von unserer Bevölkerung nicht akzeptiert. Auch darauf gilt es, ob es uns passt oder nicht, Rücksicht zu nehmen. Falsch verstandener Altruismus nützt niemandem.



Stand 30. November 2011

Dossiers	Start Vernehmlassung	Botschaft	Erstrat		Zweitrat		Differenz- bereinigung	Schluss- abstimmung in eidg. Räten	Referendum	Informationen im Internet	Beiträge in: «Die Volkswirtschaft»
			Kommission	Plenum	Kommission	Plenum					
KVG-Revisionspakete Managed Care ¹	12.05.2004	15.09.2004	SGK-S: Beratung abgeschlossen (26.10.2010)	SR: Beratung abgeschlossen (15.12.2010)	SGK-N: Beratung abgeschlossen (30.04.2010)	NR: Beratung abgeschlossen (16.06.2010)	Differenzbereinigung abgeschlossen (22.09.2011)	30.09.2011		www.parlament.ch	DV 07-2004, S. 3 ff.
Teilrevision des SchKG²	28.01.2009	08.09.2010	RK-N: Beratung abgeschlossen (24.06.2011)							www.bj.admin.ch	DV 05-2010, S. 3 ff.
6. IV-Revision³ Teil B	23.06.2010	13.05.2011								www.edi.admin.ch	DV 01-02-2011, S. 18 ff.
Too big to fail⁴	22.12.2010	20.04.2011	WAK-S: Beratung abgeschlossen (16.05.2011)	SR: Beratung abgeschlossen (14.06.2011)	WAK-N: Beratung abgeschlossen (31.08.2011)	NR: Beratung abgeschlossen (29.09.2011)		30.09.2011		www.efd.admin.ch	DV 12-2010, S. 3 ff.
Agrarpolitik 2014–2017	23.03.2011									www.edv.admin.ch	
Revision des Kartellgesetzes⁵	30.06.2010 30.03.2011									www.seco.admin.ch	DV 04-2010, S. 4 ff.
FABI⁶	31.03.2011									www.bav.admin.ch	DV 05-2009, S. 3. ff.
Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke⁷		31.08.2011	FK-S: Beratung abgeschlossen (07.09.2011)	SR: Beratung abgeschlossen (15.09.2011)	FK-N: Beratung abgeschlossen (15.09.2011)	NR: Beratung abgeschlossen (21.09.2011)		30.09.2011		www.bav.admin.ch	
Totalrevision FIGG⁸		09.11.2011								www.sbf.admin.ch	

Quelle: Die Volkswirtschaft / Weitere Quellen: www.parlament.ch; www.bk.admin.ch